

RUSSLAND

Nach dem Feuer

Ute Weinmann

Mit den Bränden in Russland waren die Behörden und die mit dem Katastrophenschutz beauftragten Firmen überfordert. Doch die Konsequenzen dürften sich auf die Absetzung untergeordneter Politiker beschränken.

Die Hitzewelle ist endlich vorüber. Zwei Monate lang herrschten in weiten Teilen des europäischen Russland tropische Temperaturen, begleitet von extremer Trockenheit. Die Folgen ließen nicht lange auf sich warten: Eine verheerende Dürre und Waldbrände sorgten nicht nur für unerträgliche Hitze und gesundheitsschädlichen Smog in den betroffenen Gebieten, sondern vernichteten auch wertvolles Nutzland.

Die Weizenernte wird voraussichtlich um etwa 40 Prozent unter dem Vorjahresergebnis liegen. Erhebliche Preissteigerungen für Brot lassen sich bereits jetzt beobachten. Die gewaltigen Schäden werden sich auf das Wirtschaftswachstum auswirken. Auch wenn der beißende Rauch nun langsam abzieht, ist es für ein Aufatmen also noch zu früh.

Besondere Aufmerksamkeit schenken die Medien dem in ätzenden Rauch gehüllten Roten Platz in Moskau. Doch waren die Zustände in den östlicher gelegenen Regionen um Nizhnij Nowgorod, Rjazan, Wladimir oder den Republiken Mordowa und Marij El ebenso erschreckend. Im Süden war insbesondere das Gebiet um Woronezh betroffen. Überdies

wurden großflächige Brandherde im Brjansker Raum festgestellt, der seit der Atomkatastrophe im nahegelegenen ukrainischen Tschernobyl im Jahr 1986 radioaktiv verseucht ist. Zwar wurden die Brände relativ schnell gelöscht, radioaktive Partikel könnten dennoch in die Atmosphäre gelangt sein.

Vielerorts griff die lokale Bevölkerung aus der Not heraus zu Wassereimern, um ihr Hab und Gut vor dem Feuer zu retten. Doch versuchte auch so mancher, Kapital aus dem Unglück zu schlagen. In einigen Fällen sollen Menschen ihre Häuser eigenhändig angezündet haben, um so in den Genuss einer Schadensprämie und womöglich zu einem neuen Haus auf Staatskosten zu kommen. Was völlig irrational klingt, ist tatsächlich durchaus pragmatisch. Die Erfahrung mit der russischen Staatsmacht lehrt: Wenn überhaupt mit Unterstützung zu rechnen ist, dann nur, weil die ungeliebten Bürokraten versuchen, mit Erfolgsmeldungen vor der nächst höheren Instanz zu glänzen, um ihren Kopf zu retten.

Die extremen Temperaturen des Sommers haben auch im Gesundheitswesen deutliche Mängel offenbart. Kaum ein Krankenhaus verfügt über eine Klimaanlage, so dass selbst auf Intensivstationen und in Operationssälen Temperaturen bis zu 40 Grad herrschten. Nach Angaben von Bestattungsunternehmen soll die Sterberate in Moskau das Dreifache des Durchschnittswerts betragen haben.

Das Gesundheitsamt wollte dies allerdings nicht bestätigen und wartet lieber, bis die monatliche Sterbestatistik erstellt wird.

Leichen wurden mancherorts tagelang nicht abtransportiert, bis schließlich ein Teil des Fuhrparks der Rettungsdienste zu Leichenwagen umfunktioniert wurde, um den Mangel zu kompensieren. Die *Nezavisimaja Gazeta* berichtete über ein inoffizielles Verbot für die Ärzte, die Diagnose „Hitzschlag“ zu stellen. Denn Patienten mit dieser Diagnose hätten auf die Intensivstationen verlegt werden müssen, die ohnehin völlig überlastet waren.

Greenpeace Russland macht neben der extremen Trockenheit die Auflösung der Forstaufsichtsbehörde für die Brandkatastrophe verantwortlich.

Aleksej Jaroschenko, der Leiter des Waldprogramms der Umweltorganisation Greenpeace in Russland, macht neben der extremen Trockenheit die im Jahr 2004 vollzogene Auflösung der staatlichen Forstaufsichtsbehörde für die Brandkatastrophe verantwortlich. Viele Brände seien daher nicht rechtzeitig entdeckt worden. Mit dieser Meinung steht Jaroschenko nicht allein da.

Zu den Profiteuren jener Forstformen gehört einer der wichtigsten Holzkonzerne des Landes, das russisch-schweizerische Unternehmen Ilim Pulp. Anfang der Neunzigerjahre war Wladimir Putin, damals Leiter des Komitees für außenwirtschaftliche Beziehungen, für dessen Registrierung verantwortlich. Auch Dmitrij Medwedjew, sein politischer Ziehsohn und Nachfolger im Präsidentenamt, hielt einen Aktienanteil. Aber auch die Gas- und Öllobby war an einer Schwächung der Umweltkontrollen interessiert, die von der Forstaufsicht durchgeführt worden waren.

Jaroschenko hält die seit 2006 auf etwa ein Viertel verringerte Zahl der Angestellten in der Forstwirtschaft, in deren Zuständigkeit die Löscharbeiten nach der Branderkennung fallen, für viel zu gering, um eine Katastrophe solchen Ausmaßes zu bekämpfen. Zumal die Angestellten wegen der in den vergangenen Jahren gewachsenen bürokratischen Anforderungen mit der Erstellung von Rechenschaftsberichten für verschiedene Instanzen bereits mehr als ausgelastet seien. Die Einbindung nicht speziell für das Löschen von Wald- und Torfbränden ausgebildeten Personals des Katastrophenschutzministeriums oder des Militärs hält Jaroschenko für wenig effektiv.

Die meisten Brände um Moskau betreffen ungenutzte Torffelder, deren Zustand nicht regelmäßig überprüft wird. Das Problem ist nicht neu. Zu Sowjetzeiten diente Torf anfangs als

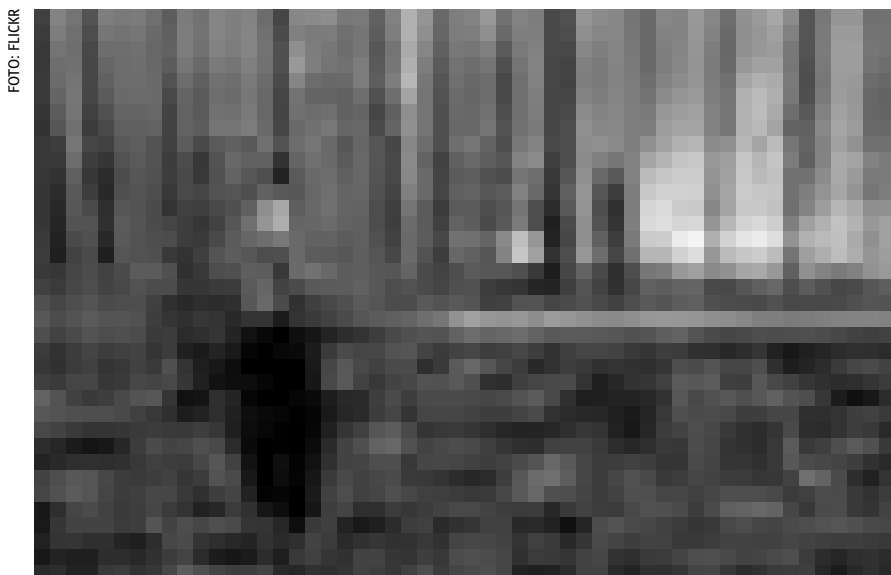


FOTO: FLICKR

Vom Ausmaß der Aufgabe überfordert: Die Löschteams der russischen Forstbehörde.

Brennstoff. Nach der Umstellung der Kraftwerke auf Gas wurden die getrockneten Torffelder in Datschensiedlungen umgewandelt oder sich selbst überlassen. Pläne für die an sich notwendige Flutung landeten in den Schubladen, denn bislang waren sie allen postsowjetischen Regierenden zu teuer.

Auch der Brandschutz sollte das staatliche Budget nicht belasten. Im brandgefährdeten Landkreis Schatura östlich von Moskau, dessen brennende Torffelder in der Millionenstadt für beißenden Rauch gesorgt haben, waren in diesem Jahr nur etwa 7.700 Euro für den Brandschutz vorgesehen. Wirtschaftsliberalen Modellen folgend, delegierten die Lokalregierungen in unverpachteten Forstgebieten diese Aufgaben an Privatfirmen. Ob diese dann in der Lage sind, den vertraglich festgelegten Aufgaben nachzukommen, erweist sich erst im Ernstfall.

Der Ernstfall ist nun eingetreten. Doch heißt das nicht unbedingt, dass entsprechende Veränderungen auf der politischen und administrativen Ebene anstehen. Die Erkenntnis, dass das lange Jahre gepflegte Bild vom starken und funktionstüchtigen Katastrophenschutzministerium ein Mythos ist, reicht nicht aus, um eine Abkehr von dem fast überall im Land praktizierten Modell des Katastrophenmanagements zu bewirken. Auch Premierminister Wladimir Putin mag seiner selbst auf den Leib geschriebenen Rolle als Held dieses Mal nicht

gerecht geworden sein. Doch allein die Botschaft, dass es ohne ihn noch schlimmer gekommen wäre, verhindert einen Popularitätsverlust.

Weniger günstig ist die Lage für den Moskauer Bürgermeister Jurij Luzhkov und für Boris Gromow, den Gouverneur des Moskauer Umlands. Sie werden für den mangelhaften Katastrophenschutz verantwortlich gemacht. Wenn sie abgesetzt werden, wäre die Gerechtigkeit im Sinne der geltenden politischen Normen wieder hergestellt.

Ute Weinmann arbeitet als freie Journalistin und lebt in Moskau.

Nächste Woche:

„Leute treffen Architektur“

so das Motto der 12. Architekturbiennale, die vom 29. August bis zum 21. November 2010 in Venedig stattfinden wird. Zum dritten Mal ist Luxemburg mit einem Pavillon vertreten. Spielerische Installationen oder anschauliche Bauprojekte? Die woxx berichtet aus der Lagunenstadt.

AVIS

Avis

Ministère de l'Education nationale et de la Formation professionnelle

Epreuves préliminaires au concours réglant l'accès à la fonction d'instituteur de l'enseignement fondamental, session de novembre 2010

Il est porté à la connaissance des personnes ayant l'intention de se présenter en novembre 2010 aux épreuves préliminaires au concours réglant l'accès à la fonction d'instituteur de l'enseignement fondamental qu'elles sont invitées à adresser leur demande pour le 21 septembre 2010 au plus tard au Ministère de l'Education nationale et de la Formation professionnelle, Service de l'enseignement fondamental, Bureau 311, 29, rue Aldringen, L-2926 Luxembourg.

Peuvent se présenter aux épreuves préliminaires les candidats détenteurs d'un diplôme préparant à la fonction d'instituteur respectivement les candidats inscrits dans la dernière ou l'avant-dernière année de formation préparant à la fonction d'instituteur conformément aux articles 1er et 7 du règlement grand-ducal du 9 mars 2009 déterminant les modalités du concours réglant l'accès à la fonction d'instituteur de l'enseignement fondamental.

Le formulaire d'inscription à utiliser obligatoirement peut être téléchargé à partir du site www.men.public.lu à partir du 6 septembre 2010.

Poste vacant

D'Staatlech Kannerheemer, SCHÉFFLENG

sichen fir direkt op begrenzten Zäit (bis 14. Februar 2011):

1 éducateur m/w (Statut vun Employé d'Etat)

40 Stonnen d'Woch fir an engem Wunngrupp ze schaffen

Verlaangte Profil:

- een Diplom vum Educateur hunn.
- Bereetschaft a Fähegkeet hunn, souwuel an enger Equipe pluridisciplinaire wéi och autonom ze schaffen.
- Dynamesch a flexibel sinn.
- De Führerschäin hunn a Camionette fuere kënnen.
- Lëtzebuergesch, Däitsch a Franséisch schwätzen a schreiwe kënnen.

D'Demande mat Liewenslaf, Foto an den néidegen Diplomer ass un den Direkter vun de Staatleche Kannerheemer bis den 30. August 2010 ze schécken.

Maisons d'Enfants de l'Etat
B.P. 51
L-3801 Schifflange
Tél: 54 71 67
Eng éischt Wiel gëtt op Basis vun den Dossiere gemaach.

Avis d'adjudication

Participation du Luxembourg à la mission d'observation de l'OSCE des élections générales en Bosnie-Herzégovine

Le Luxembourg envisage de participer à la mission d'observation de l'OSCE des élections générales, qui se tiendront le 3 octobre 2010 en Bosnie-Herzégovine.

Le Ministère des Affaires étrangères cherche des volontaires pour participer à cette mission d'observation à court terme. Les candidat(e)s devront remplir les conditions suivantes :

- Parfaite maîtrise de l'anglais, parlé et écrit ;
- Bonne connaissance du contexte politique en Bosnie-Herzégovine ;
- Expérience dans des missions d'observation des élections (de préférence) ;
- Age minimum 21 ans ;
- Parfait état de santé ;
- Permis de conduire.

La durée de séjour de cette mission à court terme sera d'environ dix jours. La période de déploiement des observateurs, s'étendra vraisemblablement du 29 septembre au 8 octobre 2010.

Les intéressé(e)s sont prié(e)s de soumettre leur candidature avant le vendredi 3 septembre 2010 au Ministère des Affaires étrangères, 5, rue Notre-Dame, L-2240 Luxembourg, à l'attention de M. Daniel Gengler (Tél.: 247-82469, E-mail : daniel.gengler@mae.etat.lu), en y joignant :

- un CV ;
- une copie du passeport qui doit être encore valable au minimum 6 mois après la date des élections ;
- une adresse e-mail ;
- un extrait du casier judiciaire récent et deux photos (format passeport).